

Gemeinsame Medienmitteilung

Bern, 07. Mai 2026

Arbeitnehmende und Arbeitgeber sagen gemeinsam Nein zur Chaos-Initiative

Am 14. Juni 2026 stimmt die Schweiz über die sogenannte Chaos-Initiative ab. Sie verlangt eine starre Obergrenze von 10 Millionen Einwohnern bis 2050. Bereits ab 9,5 Millionen müssten Bund und Parlament eingreifen. Gelingt es nicht, die Bevölkerung innert zwei Jahren zu senken, müsste der Bundesrat das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU kündigen. Damit steht der bilaterale Weg auf dem Spiel – mit direkten Folgen für Arbeitsplätze, Löhne und Versorgung. Die Berner Arbeitgeber- und Arbeitnehmervverbände lehnen die Chaos-Initiative deshalb klar ab.

«Ein starrer Deckel schafft keine Lösungen, sondern neue Probleme: weniger Fachkräfte, mehr Bürokratie und Unsicherheit für Investitionen. Das schwächt den Wirtschaftsstandort Schweiz», sagt Henrik Schoop, Direktor des HIV Kanton Bern, an der heutigen Medienkonferenz.

Mehr Druck und weniger Rechte für Arbeitnehmende

Die Chaos-Initiative verschärft den Druck auf die Beschäftigten massiv. Die Abschottung des Schweizer Arbeitsmarktes verteilt die Arbeitslast in vielen systemrelevanten Branchen auf noch weniger Schultern. „Wer wirklich entlasten will, insbesondere in den oft unterbezahlten Frauenberufen im Dienstleistungs- und Care-Bereich, muss Arbeitsbedingungen und Lohnschutz stärken – nicht Grenzen.“, sagt Lirija Sejd, Co-Präsidentin des Gewerkschaftsbundes des Kantons Bern.

Mehr Fachkräftemangel statt Entlastung

Die Initiative ignoriert, dass die Schweiz auf Zuwanderung angewiesen ist. Ohne Arbeitskräfte aus dem EU/EFTA-Raum drohen Engpässe, weniger Innovation und ein tieferes Serviceniveau.

Praxisbeispiel: Ein Industriebetrieb, der offene Stellen nicht besetzen kann, verschiebt Investitionen oder verlagert Produktion ins Ausland – mit direkten Folgen für Jobs vor Ort.

«Die Betriebe spüren den Mangel bereits heute. Zusätzliche Hürden treffen am Ende auch die Beschäftigten», sagt Thomas Warring, Präsident der Berner Arbeitgeber.

Weniger Lohnschutz und Kontrollen der Arbeitsbedingungen

Die Chaos-Initiative gefährdet mit der Personenfreizügigkeit auch das sozialpartnerschaftlich austarierte System der flankierenden Massnahmen, insbesondere den Lohnschutz. Mit den steigenden Lebenshaltungskosten sind die Beschäftigten auf sichere Löhne angewiesen. „Der griffige Vollzug von Gesamtarbeitsverträgen und der Lohnschutz in der Schweiz sind seit über 20 Jahren ein Erfolgsmodell - mit ihrer Abschaffung drohen unhaltbare Arbeitsbedingungen in unzähligen Branchen“, sagt Stefan Wüthrich, Co-Präsident des Gewerkschaftsbundes des Kantons Bern.

Konsequenzen für Arbeitgeber

Kontingente bedeuten mehr Bürokratie, höhere Kosten und politische Verteilungskämpfe um Arbeitskräfte. Gleichzeitig steigt die Unsicherheit für Investitionen.

Praxisbeispiel: Ein KMU muss statt schnell zu rekrutieren, Bewilligungen abwarten – Aufträge verzögern sich oder gehen verloren.

Fazit

Die Initiative verkennt die Realität: weniger Erwerbstätige, mehr Bedarf an Leistungen. Ein starrer Deckel verschärft den Fachkräftemangel, erhöht die Bürokratie und gefährdet die Bilateralen. Arbeitnehmende riskieren Lohndruck, Arbeitgeber verlieren Planungssicherheit.

Darum sagen die Berner Arbeitnehmenden- und Arbeitgeberverbände gemeinsam klar: **Nein zur Chaos-Initiative am 14. Juni 2026.**

Für Rückfragen stehen zur Verfügung:

Henrik Schoop, Direktor Handels- und Industrieverein des Kantons Bern, 079 790 30 48

Lirija Sejdi, Co-Präsidentin Gewerkschaftsbund des Kantons Bern, 079 519 50 37

Stefan Wüthrich, Co-Präsident Gewerkschaftsbund des Kantons Bern, 079 642 85 64

Thomas Warring, Präsident Berner Arbeitgeber, 031 950 14 04